

Pressekonferenz, 25. April 2016, Berlin

Vordergründig robust, hintergründig anfällig

IW-Konjunkturprognose und IW-Konjunkturumfrage
Frühjahr 2016

Statement

Prof. Dr. Michael Hüther
Direktor
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Es gilt das gesprochene Wort.

1. Deutsche Konjunktur ist ein Scheinriese

Die deutsche Volkswirtschaft wirkt erstaunlich robust. Nach dem Rendezvous mit der Stagnation in den Jahren 2012 und 2013 legte das reale Bruttoinlandsprodukt in den vergangenen beiden Jahren um deutlich über 1 ½ Prozent zu. Für dieses Jahr wird ein Anstieg von 1 ½ Prozent erwartet. Für 2017 fällt das Wachstum mit gut 1 ¼ Prozent schwächer aus.

Wir stellen Ihnen heute die Frühjahrsprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln vor. Diese Einschätzung untermauern wir in gewohnter Weise mit den Ergebnissen unserer Konjunkturumfrage, an der in den letzten Wochen über 3.000 Unternehmen aus Ost- und Westdeutschland teilgenommen haben.

Das **Beharrungsvermögen** der deutschen Wirtschaft überrascht angesichts der gleichzeitig einsetzenden Abschwächung der Weltwirtschaft. Die nachlassenden Wachstumsbeiträge aus dem Ausland werden durch zunehmende Impulse aus dem Inland ausgeglichen. Diese Robustheit reflektiert aber nur eine **vordergründige Stabilität**:

- Die robuste Inlandsnachfrage speist sich aus der **guten Arbeitsmarktentwicklung**. Diese ist nicht neu und nur im Zusammenhang mit weit vorausgeschalteten Weichenstellungen (Agenda 2010) zu verstehen. Während maßvolle Lohnerhöhungen den Arbeitsmarkterfolg

mitbegründen, kann eine nachhaltige Abkehr von produktivitätsorientierten Lohnabschlüssen die Beschäftigungs- und Konjunkturentwicklung gefährden.

- Die deutlich **gesunkenen Energiepreise** haben zusammen mit den niedrigen Zinsen die Konsumkonjunktur in Deutschland im Jahr 2015 erheblich angeschoben. Im ersten Quartal 2016 bekam die Konjunktur dadurch nochmals einen kräftigen Schub. Das wird sich so nicht fortsetzen.
- Die **ultra-expansive Geldpolitik** stützt die Konjunktur. Die Niedrigzinsen verfehlen in diesem Sinn ihre Wirkungen nicht. Die **Wechselkursentwicklung** hat zumindest bisher das Exportgeschäft begünstigt. Seit einiger Zeit wirken dem aber die kräftig ansteigenden Lohnstückkosten der Industrie entgegen.

2. Risiken durch die Strukturprobleme der Schwellenländer

Die deutsche Konjunktur ist dennoch anfällig, ihre Dynamik ist gefährdet. Zum einen gilt dies mit Blick auf ein mögliches Umkippen der genannten Sondereffekte – also wenn Ölpreise und Zinsen steigen sowie der Euro aufwertet. Zum anderen ist das globale Geschäftsumfeld der deutschen Unternehmen von **vielen Belastungsrisiken** geprägt. Diese

haben nach der globalen Finanzmarktkrise nicht abgenommen, sondern sie haben in der Breite zugenommen.

Zwar stabilisiert sich die Lage in den großen Industrieländern (Materialien, Tabelle 5) – eine Verwundbarkeit der Konjunktur durch neue Finanzmarktinstabilitäten besteht aber weiterhin.

Doch die Schwellenländer haben insgesamt deutlich an Schwung verloren. Einige große aufstrebende Länder durchleben sogar ausgeprägte Rezessionen. Das langsamere Wachstum in vielen **Schwellenländern** spiegelt dort eine Reihe von **beharrlichen institutionellen Problemen und Belastungen** wider:

- Es zeigen sich **Rückwirkungen** aus der anhaltenden Wachstumsschwäche in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Die auf den Export ausgerichteten Schwellenländer leiden unter der schwächeren Nachfrage aus Europa und den USA.
- Die expansiven **Geldpolitiken** der großen Zentralbanken (USA, Euroraum, Japan) schaffen über den Wechselkurskanal zusätzliche Anpassungslasten im Güter- und Kapitalverkehr dieser Länder.
- Als Folge der globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/2009 wurden in vielen Schwellenländern **Strukturprobleme** sichtbar, die sich zum Beispiel in hartnäckigen Überkapazitäten niederschlagen.

- Dies zeigt sich infolge der stark eingebrochenen **Rohstoffpreise** auch in den ressourcenreichen Ländern. Die über lange Zeit hohen Rohstoffpreise haben dort den Strukturwandel verschleppt, weil er nicht als dringlich erschien.
- Die Strukturprobleme, die sich auch in einer schwachen technologischen Leistungsfähigkeit äußern, sind nicht zuletzt auch die Folge von **Governance-Problemen**, die sich in einer eingeschränkten ökonomischen und politischen Freiheit zeigen. Dabei leidet eine Reihe von Ländern unter ernststen innenpolitischen Spannungen.

Während die Schwellenländer über lange Zeit eine hohe ökonomische Stabilität aufweisen und damit auch die Robustheit der deutschen Exportwirtschaft begründen konnten, stehen sie derzeit eher für Unsicherheit und Vorsicht.

3. Europa sorgt für Verunsicherung

Neben dieser Konstellation der Schwellenländer wird das Risikoumfeld der deutschen Wirtschaft von **Unwägbarkeiten in Europa** geprägt:

- Die **expansive Geldpolitik** der Europäischen Zentralbank ist nicht unumstritten. Einerseits entlastet sie Politik und Unternehmen in den europäischen Krisenländern von der realwirtschaftlichen Restrukturierung. Die damit

verbundenen Fehlanreize sind in wieder ansteigenden strukturellen Budgetdefiziten und einer mangelhaften Wettbewerbsfähigkeit zu erkennen. Mit der Stabilisierung des Bankensektors soll eine adäquate Kreditversorgung der Haushalte, Unternehmen und des Staates gewährleistet werden. Doch hier handeln die Staaten ohne Konsequenz. Andererseits wird davor gewarnt, dass eine andauernde Niedrigzinspolitik die Spar- und Investitionsentscheidungen verzerrt, zu Blasen und Turbulenzen an den Vermögensmärkten und in einzelnen Branchen führt und den Strukturwandel eher hemmt.

- Die Europäische Union steckt in einer **Orientierungskrise**. Es gibt offensichtlich unter den einzelnen Ländern keine einheitliche Linie bezüglich des adäquaten Reformkurses angesichts der hohen **Staatsverschuldungen** und der notwendigen fiskalischen und realwirtschaftlichen Anpassungsschritte. Die Geduld für angebotsorientierte Maßnahmen ist geschwunden und nur noch eingeschränkt vorhanden.
- Die Unstimmigkeit in der EU zeigt sich auch in der **Flüchtlingsfrage**. Die einzelnen Regierungen haben unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich dieser humanitären Herausforderung. Zum Teil führte dies zur Wiedereinführung von Grenzkontrollen. Derzeit besteht zwar keine Gefahr für die Funktionsfähigkeit länderübergreifender Wertschöpfungsketten. Gleichwohl wird die hohe Freizügigkeit nicht mehr mit der längst

gewohnten Selbstverständlichkeit gesehen. Dazu tragen möglicherweise auch die jüngsten Terroranschläge bei. Solche Verunsicherungen lasten auf den Investoren wie eine allgemeine Steuer, deren Höhe aber unbekannt ist.

4. Deutliche Abkühlung beim Außenhandel

Die deutschen Wareneinfuhren sind seit dem Sommer 2015 rückläufig. Bei den Importen war dagegen eine Seitwärtsbewegung zu beobachten. Dies weist auf eine Spaltung der deutschen Wirtschaft hin: Während die **schwächer expandierende Weltwirtschaft** die Exporte beeinträchtigt, begünstigt die robuste Inlandskonjunktur die Importe. Dies führt dazu, dass der Außenbeitrag das Wirtschaftswachstum in Deutschland leicht abbremst.

Dieses Muster wird sich auch weiterhin zeigen: Das Importwachstum wird im Sog der Binnennachfrage zunehmen. Mit der erwarteten Besserung der Weltkonjunktur gewinnen zwar auch die Exporte wieder etwas an Fahrt. Die **Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit** bremst die Erholung jedoch ab. Der Euro notiert gegenüber dem US-Dollar weiterhin deutlich niedriger als in den letzten Jahren. Gegenüber anderen Währungen – vor allem von Schwellenländern – hat der Euro aber wieder aufgewertet. Zudem belasten die steigenden Lohnstückkosten die Industrie.

Die nachlassende Dynamik der Weltwirtschaft zeigt sich deutlich in den **Exportserwartungen** der deutschen Unternehmen. Gegenüber dem Herbst 2015 hat sich das Exportklima nochmals leicht eingetrübt, nachdem es sich im Jahresverlauf 2015 merklich verschlechtert hatte (Materialien, Abbildung 2). Gut 27 Prozent der Firmen erwarten für 2016 höhere Exporte als im Vorjahr, gut 15 Prozent sehen dagegen einen Rückgang. Im Vergleich zum Herbst hat vor allem der Anteil der Pessimisten leicht zugenommen. Der Saldo aus positiven und negativen Meldungen hat sich im Vergleich zum Frühjahr 2015 nahezu halbiert. Wie auch in der Herbstumfrage ist die Stimmung in Ostdeutschland erheblich schlechter als im Westen. Dies dürfte zum Teil die Probleme in Osteuropa und Russland reflektieren.

Das schwache weltwirtschaftliche Umfeld wird zwar keinen Rückgang der realen Exporte auslösen. Mit einem Zuwachs von 2 ¼ Prozent im Jahr 2016 werden diese aber deutlich schwächer expandieren als in den beiden Vorjahren. Die moderate Belebung der Weltwirtschaft wird im Jahr 2017 ein deutsches Exportplus von gut 3 Prozent ermöglichen. Die globale Investitionstätigkeit bleibt verhalten und es entstehen keine Wechselkursvorteile. Dies deckelt die deutsche Exportdynamik. Dagegen fällt der Zuwachs beim Import mit 3 ¼ Prozent in 2016 und 4 Prozent in 2017 spürbar höher aus als beim Export. Es wird davon ausgegangen, dass keine gesamtwirtschaftlich spürbaren Beeinträchtigungen im internationalen Handel durch Grenzkontrollen und ähnliche Hemmnisse entstehen.

5. Die Investitionsneigung bleibt schwach

Die Investitionsneigung in Deutschland bleibt verhalten. Das globale Umfeld und die abgebremsten Exportperspektiven der deutschen Industrie lassen, trotz der weiterhin sehr günstigen Finanzierungsbedingungen und der guten Kapazitätsauslastung, keinen kräftigen Aufschwung bei den realen Ausrüstungsinvestitionen erwarten.

Die **Investitionserwartungen** der deutschen Unternehmen haben sich seit dem Herbst 2015 nicht weiter verschlechtert, aber auch nicht nennenswert verbessert (Materialien, Abbildung 3). Gemessen an den Ergebnissen vom Frühjahr 2014 und Frühjahr 2015 ist eine deutliche Eintrübung des Investitionsklimas hierzulande festzustellen. Nunmehr gehen 36 Prozent der Firmen für das Jahr 2016 von höheren und 18 Prozent von niedrigeren Investitionen aus. Das liegt zwar nahe an den Werten der Herbstumfrage 2015, aber tief im Schatten der vorhergehenden Jahre. Während in Westdeutschland die Erwartungshaltung nahezu konstant blieb, trat in Ostdeutschland eine Verbesserung ein. Gleichwohl sind die ostdeutschen Firmen bei ihren Investitionsabsichten erheblich zurückhaltender. Mit Blick auf die Branchen gibt es ein erhebliches Gefälle zwischen den Dienstleistungsunternehmen einerseits und den Industrie- und Bauunternehmen andererseits. Die eingetrübten Exportperspektiven dämpfen offensichtlich die industrielle Investitionsneigung.

Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass die **Ausrüstungsinvestitionen** im Jahr 2016 nur um 2 Prozent zulegen werden. Für 2017 wird wegen der erwarteten globalen Festigung ein Zuwachs von 3 Prozent erwartet.

Nachdem die **Bauinvestitionen** im vergangenen Jahr beinahe stagnierten, kommt es 2016 zu einer deutlichen Erholung. Die realen Bauinvestitionen werden in diesem Jahr um 2 ½ Prozent und 2017 um 1 ½ Prozent zulegen. Die Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung sowie die Finanzierungsbedingungen bleiben weiterhin belebend für den Wohnungsbau. Die anhaltende Verunsicherung an den Finanzmärkten wird die Immobiliennachfrage begünstigen. Schließlich stimuliert die Zuwanderung auch den privaten Wohnungsbau – vor allem in den Ballungszentren. Die Unterbringung der Flüchtlinge wird in den Jahren 2016 und 2017 auch für deutliche Zuwächse beim öffentlichen Bau sorgen. Der Gewerbebau bleibt vor dem Hintergrund der zurückhaltenden Unternehmensinvestitionen weiterhin eher schwach.

6. Staat treibt den Konsum an

Der **Staatskonsum** hat zum Jahresende 2015 stark zum gesamten Konsum- und Wirtschaftswachstum beigetragen. Dies lag vor allem an den zusätzlichen Staatsausgaben infolge der **Flüchtlingszuwanderung**. Die Ausgaben für die Unterbringung, Versorgung und Integration werden weiterhin

die Inlandsnachfrage stimulieren. Mit einer fortschreitenden Integration wechseln die Nachfrageimpulse infolge der Zuwanderung vom Öffentlichen zum Privaten Konsum. Gleichwohl wird auch dieser in hohem Ausmaß von den monetären Transfers des Staates bestimmt.

Neben diesem Sondereffekt erfährt die private Konsumnachfrage derzeit einen deutlichen Extraschub infolge der nochmals gesunkenen **Öl- und Energiepreise**. In diesem Jahr dürfte sich der zusätzliche Konsumimpuls auf $\frac{1}{2}$ Prozentpunkt belaufen. Die Inflationsrate beträgt 2016 wegen der erneut gesunkenen Energiepreise $\frac{1}{2}$ Prozent. Im kommenden Jahr entfällt dieser Energiepreiseffekt und die Verbraucherpreise steigen um knapp $1 \frac{1}{2}$ Prozent. Schließlich stärken die anhaltend **niedrigen Zinsen** – über niedrige Kreditkosten und zurückgedrängte Sparanreize – den Privaten Konsum.

Der gesamte Konsum wird in diesem Jahr um 2 Prozent und im kommenden Jahr um $1 \frac{3}{4}$ Prozent ansteigen. Dabei legt der Staatsverbrauch jeweils um gut $2 \frac{1}{4}$ Prozent zu. Der Private Konsum steigt 2016 um knapp 2 Prozent und 2017 um $1 \frac{1}{2}$ Prozent. Das schwächere Wachstum ist auf den auslaufenden Energiepreiseffekt zurückzuführen.

7. Wechsel der Konjunkturtreiber

Derzeit findet ein **Wechsel der Konjunkturtreiber** statt: Die schwächere Weltkonjunktur – vor allem die Unterbrechung des globalen Investitionszyklus – dämpft die deutsche Exporttätigkeit und beeinträchtigt die Investitionstätigkeit der exportorientierten Unternehmen mit den entsprechenden Ausstrahlungen in deren Verbundunternehmen. Exporte und Unternehmensinvestitionen bleiben eher schwach.

Die Konsumkonjunktur bleibt dagegen robust. Dabei materialisieren sich jedoch die ausgeprägten Sondereffekte, also die niedrigen Energiepreise und Finanzierungskosten sowie die zusätzlichen Staatsausgaben für die Versorgung und Integration der Flüchtlinge. Privater und öffentlicher Konsum bestimmen 2016 nahezu vollständig und 2017 größtenteils das BIP-Wachstum. Die leichten Wachstumsbeiträge der Bruttoinvestitionen werden vom negativen Außenbeitrag fast kompensiert. Das Wachstum des realen BIP mit 1 ½ Prozent in diesem Jahr und gut 1 ¼ Prozent in 2017 erscheint stetig (gesamtes Prognoseensemble: Materialien, Tabelle 7). Dem Abflachen der Sondereffekte im Prognosezeitraum wirkt das allmähliche Anziehen der Auslandsnachfrage aber nur teilweise entgegen.

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln revidiert seine Prognose für das Jahr 2016 nicht. Bereits im Herbst 2015 wurde für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von

1 ½ Prozent erwartet. Dies untermauert auch die aktuelle Konjunkturumfrage. Die **Produktionserwartungen** der befragten Unternehmen haben sich seit dem Herbst kaum verändert. Der Anteil der Firmen, die einen Produktionszuwachs für 2016 erwarten, stieg von knapp 38 auf knapp 40 Prozent an (Materialien, Tabellen 1 bis 4). Der Anteil der Pessimisten erhöhte sich von 14 auf 15 Prozent. In beiden Umfragen fallen die Produktionserwartungen für 2016 schlechter aus als vor einem Jahr die Perspektiven für 2015.

Die IW-Konjunkturumfrage spiegelt auch die derzeitige Spaltung der deutschen Konjunktur wider:

- Die **exportorientierten Wirtschaftsbereiche** stehen im Schatten der schleppenden Gangart der Weltwirtschaft. Entsprechend zurückhaltend fallen die Produktionserwartungen der Industrie aus: Knapp 41 Prozent der Firmen erwarten einen Zuwachs, aber 19 Prozent einen Rückgang. Dieser Befund ist geringfügig schlechter als im Herbst 2015.
- Die stärker auf das **Inland ausgerichteten Branchen** stehen dagegen im Licht der von den genannten Sondereffekten getragenen Binnenkonjunktur. Entsprechend fallen die Erwartungen der Dienstleistungs- und Baufirmen besser aus als die der Industrie. Bei den Dienstleistern gehen 39 Prozent von einem Plus, aber nur 13 von einem Minus aus. Dies entspricht nahezu dem Bild vom Herbst 2015. Dagegen haben sich die Perspektiven

im Baugewerbe seit dem Herbst gewaltig verbessert:
Nunmehr sehen knapp 44 Prozent eine höhere und
12 Prozent eine niedrigere Produktion als im Vorjahr.

8. Kaum Flüchtlingseffekte am Arbeitsmarkt

Der seit 2011 anhaltende und kräftige Beschäftigungsaufbau wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Dies wird eindrucksvoll von den **Beschäftigungserwartungen** gemäß der IW-Konjunkturumfrage bekräftigt (Materialien, Abbildung 4): Gut 31 Prozent der Firmen planen, ihren Beschäftigungsstand in diesem Jahr zu erhöhen. Dagegen gehen gut 16 Prozent von einer rückläufigen Belegschaft aus. Während die Einschätzung in Westdeutschland seit dem Herbst fast unverändert blieb, war in Ostdeutschland eine merkliche Aufhellung zu sehen. Insgesamt stehen die Beschäftigungspläne der Industrie deutlich im Schatten des Dienstleistungssektors und vor allem der Bauwirtschaft. Bei den Baufirmen waren erhebliche Verbesserungen zu beobachten.

Die fortgesetzt hohe Arbeitskräftenachfrage sorgt gemeinsam mit einer hohen Zuwanderung in 2016 für ein Wachstum der Erwerbstätigkeit von rund 1 Prozent. Um eine Bandbreite möglicher **Auswirkungen der Flüchtlingsmigration** abschätzen zu können, wurden neben dem Basisszenario je eine pessimistische und eine optimistische Annahme der Arbeitsmarktintegration berechnet (Materialien, Tabelle 6). Im

Basisszenario trägt die Flüchtlingsmigration in diesem Jahr mit 64.000 Personen zum Beschäftigungsaufbau bei. Im besten Fall könnten es 77.000 Personen sein. Aufgrund langer Verfahrensdauern und vorgeschalteter Bildungsmaßnahmen wird zunächst nur eine geringe Anzahl von Flüchtlingen auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Dies gilt auch für die registrierte Arbeitslosigkeit, bei der Personen in arbeitsmarktpolitischen und Bildungsmaßnahmen nicht mitgezählt werden.

Im nächsten Jahr setzt sich das Beschäftigungswachstum mit einer leichten Abschwächung fort. Flüchtlinge sind dann etwas stärker an diesem Aufbau beteiligt. Für 2017 ist – je nach Grad der Arbeitsmarktintegration – mit 80.000 bis 170.000 erwerbstätigen Flüchtlingen zu rechnen. Die Anzahl der Erwerbstätigen wird 2017 im Basisszenario einen Rekordwert von 43,8 Millionen erreichen. Die Arbeitslosigkeit wird leicht von 6 ¼ Prozent in diesem Jahr auf 6 ½ Prozent in 2017 zunehmen.

9. Eine vordergründig komfortable Budgetlage

Nach hohen Überschüssen in den Vorjahren führt im Prognosezeitraum ein kräftiger Anstieg der **Ausgaben für Flüchtlingshilfe** und Sozialleistungen dazu, dass der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo trotz wachsender Einnahmen nahe bei null liegen wird. Insgesamt stehen die öffentlichen Kassen trotz der flüchtlingsbedingten Ausgaben

oberflächlich recht solide da. Bund und Länder profitieren allerdings sehr stark von den für die Staatsfinanzen guten ökonomischen Rahmenbedingungen: Das sind die höheren Einnahmen bei Steuern und Sozialbeiträgen infolge der Arbeitsmarktentwicklung und die geringeren Ausgaben für Zinsen infolge der Geldpolitik. Schätzungsweise entlastete das **niedrige Zinsumfeld** den Bund im vergangenen Jahr um 20 Milliarden Euro. Hinzu kommen gegebenenfalls Mehreinnahmen durch Selbstanzeigen und Steuerprüfungen.

Der **strukturelle Finanzierungssaldo**, also der Saldo nach Herausrechnen konjunktureller Faktoren und Zinszahlungen, fällt somit schlechter aus als der Gesamtsaldo. Dies zeigt zum einen den mittelfristigen Konsolidierungsdruck auf die öffentlichen Kassen. Zum anderen wird deutlich, dass sich die vordergründig komfortable Budgetsituation in Deutschland verflüchtigt, wenn sich die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen verändern.

10. Verstärkter globaler Wandel fordert uns zuhause – „It is the economy, stupid!“

Nochmals, die Perspektiven der deutschen Wirtschaft sind nur vordergründig robust. Vor dem Hintergrund der noch wirksamen Sondereffekte und der stark risikobehafteten Weltwirtschaft hat Deutschland derzeit **kein ökonomisches Potenzial für Wünsche** und Begehrlichkeiten an den Staat. Vielmehr muss die Wirtschaftspolitik einen

stabilitätsorientierten Kurs einschlagen. Dazu lassen sich aktuell drei Ziele formulieren:

- **Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit.** Die im internationalen Wettbewerb stehenden Unternehmen dürfen nicht durch weitere Kostenbelastungen, Abgabensteigerungen oder regulatorische Vorgaben gefährdet werden. Die Regierung muss vielmehr mit ihren Maßnahmen zeigen, dass sie wettbewerbsfähige Unternehmen als unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung und für die Bewältigung der anstehenden nationalen Herausforderungen im verschärften globalen Wandel wertschätzt.
- **Konsolidierung voranbringen.** Die öffentlichen Haushalte in Deutschland müssen auch über die Ausgabenseite konsolidiert werden. Angesichts der massiven Entlastung durch niedrige Zinszahlungen und die hohen Steuerzahlungen ist ein ausgeglichener Haushalt noch nicht ausreichend, um eine mittelfristig nachhaltige Finanzpolitik zu gewährleisten. Die Versorgung und Integration der Flüchtlinge ist im Prognosezeitraum mit Kosten von insgesamt 50 Milliarden Euro verbunden. Für eine Ausweitung der konsumtiven Staatsausgaben darüber hinaus besteht kein Anlass. Angesichts steigender Ausgaben in der Rentenversicherung sind neue sozial- und verteilungspolitische Maßnahmen wie die Lebensleistungsrente zu vermeiden. Die Zuwanderung löst die aus der demografischen Entwicklung entstehenden

Finanzierungslasten nicht. Das Zeitfenster, um hierfür
Vorsorge zu tragen, beginnt bereits in der nächsten
Legislaturperiode enger zu werden.

- **Die Kompromiss- und Entscheidungsfähigkeit Europas erhalten.** Die Europäische Union ist derzeit in einer Reihe von bereits genannten Krisen gefangen. Im kurzfristigen Taktieren werden wichtige Grundfreiheiten in Europa zum Teil ignoriert. Dies erschreckt angesichts des darauf aufgebauten Wohlstands. Alle nationalen Regierungen müssen wieder stärker zueinander finden, um ein freies Europa zu erhalten. Im Rahmen der Zusatzfrage zur IW-Konjunkturumfrage machen die deutschen Unternehmen deutlich, dass der ungewisse Kurs der europäischen Politik den größten Risikofaktor darstellt und die Unsicherheit in den Unternehmen erhöht.

Um den Aufschwung auf solidere Füße zu stellen und die Perspektive für einen verbesserten Wachstumspfad zu stärken, sind alle Parteien gefordert: Die Politik muss konsequent auf die Stärkung der Wachstumskräfte ausgerichtet werden, statt neue milliardenschwere Umverteilungsmaßnahmen zu fordern. Die Tarifparteien müssen auf den Kurs der Beschäftigungssicherung zurückkehren. Überzogene Abschlüsse gefährden zunehmend die preisliche Wettbewerbsfähigkeit industrieller Unternehmen. Und die Unternehmen müssen weiter an ihrer Innovationsfähigkeit arbeiten, um auch die längerfristigen Chancen auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand zu erhöhen.